

## Die AfD in den Parlamenten der Länder, des Bundes und der EU. Bipolarität im Selbstverständnis und im Verhalten

Oskar Niedermayer

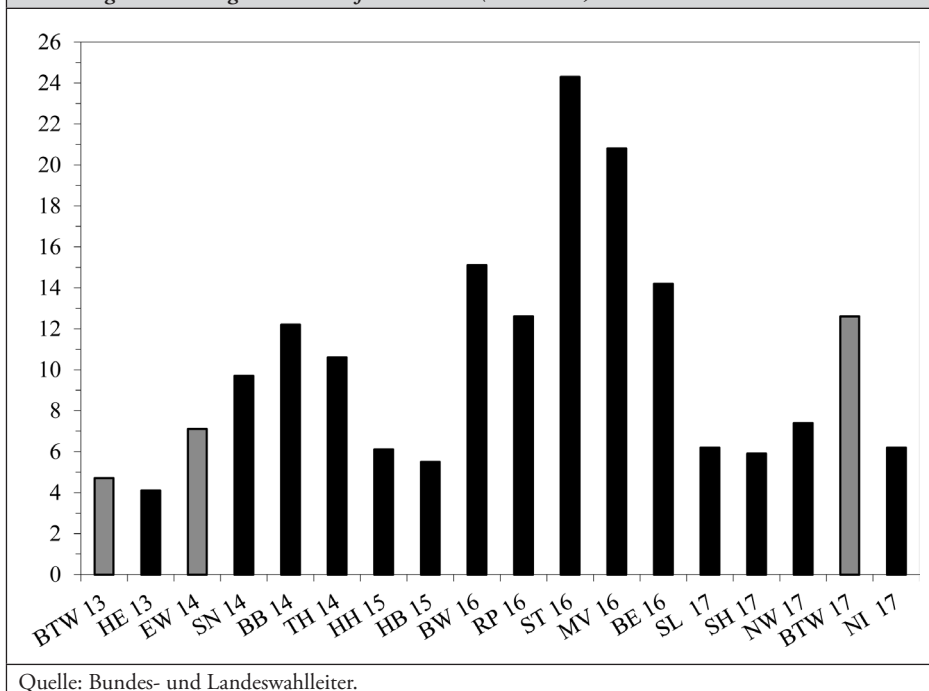
Die Alternative für Deutschland (AfD) ist in den fünf Jahren von ihrer Gründung bis Anfang 2018<sup>1</sup> in 14 Landtage, in das Europäische Parlament und in den Bundestag eingezogen. Im Folgenden wird eine erste Bilanz der Entwicklung der parlamentarischen Repräsentation der Partei und der Reaktionen ihrer politischen Gegner gezogen.

### 1. Das Abschneiden der AfD bei den Wahlen seit 2013

Die Alternative für Deutschland wurde im Februar 2013 gegründet. Sie konnte sehr schnell die notwendigen Strukturen zur Erfüllung der Bedingungen für die Teilnahme an der Bundestagswahl am 22. September und der am gleichen Tag stattfindenden hessischen Landtagswahl aufbauen. In Hessen erreichte sie 4,1 Prozent, im Bund 4,7 Prozent der Zweitstimmen (vgl. Abbildung 1). Ihr mit einer gesteigerten Medienaufmerksamkeit einhergehendes „erfolgreiches Scheitern“<sup>2</sup> bei der Bundestagswahl brachte der Partei bis zum Jahresende bundesweite Umfragewerte um die fünf Prozent. Dann begann die Wählerunterstützung etwas zu bröckeln, verstärkte sich jedoch wieder mit der Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014, wo sie 7,1 Prozent erzielte. Ende August 2014 zog sie bei der sächsischen Landtagswahl mit 9,7 Prozent in den ersten Landtag ein und erzielte gleich darauf bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Thüringen Mitte September zweistellige Ergebnisse. Danach kletterte sie in den bundesweiten Umfragen auf Werte bis zu neun Prozent. Diese Hochphase hielt jedoch nicht lange an: Im ersten Halbjahr 2015 blieb sie bei Werten um die sechs Prozent, und auch bei den beiden Bürgerschaftswahlen in Hamburg im Februar und Bremen im Mai konnte sie nur in dieser Höhe Wählerunterstützung mobilisieren. Im Sommer 2015 sackte sie sogar auf drei bis vier Prozent ab, was vor allem auf die immer heftigeren personellen und inhaltlichen Konflikte innerhalb des Vorstands und der Partei insgesamt zurückzuführen war. Der Machtkampf in der AfD-Führung zwischen den beiden Co-Vorsitzenden *Bernd Lucke* und *Frauke Petry* wurde auf dem Parteitag im Juni 2015 entschieden. *Lucke* wurde abgewählt, trat daraufhin mit seinen etwa ein Fünftel der Mitglieder ausmachenden Anhängern aus der AfD aus und gründete im Juli 2015 eine neue Partei, die Allianz für Fortschritt und Aufbruch (ALFA), die im November 2016 aufgrund eines Rechtsstreits um die gewählte Abkürzung in Liberal-Konservative Reformer (LKR) umbenannt wurde.

- 1 Die Recherchen für diesen Beitrag wurden im März 2018 abgeschlossen. Die neuesten Entwicklungen bis hin zu den Landtagswahlen in Bayern und Hessen im Oktober 2018 sind daher nicht enthalten.
- 2 Oskar Niedermayer, Eine neue Konkurrentin im Parteiensystem? Die Alternative für Deutschland, in: ders. (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013, Wiesbaden 2015, S. 175 – 207, S. 181.

Abbildung 1: Wahlergebnisse der AfD seit 2013 (in Prozent)



Die AfD erhielt wieder deutlichen Auftrieb, als ab dem Herbst 2015 das Flüchtlingsproblem in den Augen der Bevölkerung alle anderen Themen völlig in den Hintergrund drängte, die Partei sich allein auf dieses Thema konzentrierte und es zu ihrem neuen Markenkern machte. Sie profitierte sehr stark von der Tatsache, dass sie mit ihrer harten Linie gegen die Flüchtlingspolitik *Angela Merkels* im Parteiensystem – von der nur in Bayern wählbaren CSU abgesehen – ein Alleinstellungsmerkmal hatte, da nicht nur die mitregierende SPD, sondern auch die Oppositionsparteien auf der Seite *Merkels* standen. Die AfD konnte daher neben ideologischen Überzeugungswählern auch eine große Anzahl an unzufriedenen Protestwählern anziehen, die die AfD wählten, um den anderen Parteien wegen ihrer Haltung zur Flüchtlingspolitik einen Denkmittel zu verpassen. Dadurch gerieten die alle sehr stark von der Flüchtlingsthematik dominierten Landtagswahlen 2016 zur Erfolgsstory der AfD: Sie konnte überall deutlich zweistellige Ergebnisse erzielen und wurde in Sachsen-Anhalt mit 24,3 Prozent sogar hinter der CDU zur zweitstärksten Partei.

Ab Anfang 2017 ging die Wählerunterstützung der AfD jedoch zurück und erreichte im Frühjahr 2017 nur noch einstellige Werte. Schuld waren – vor dem Hintergrund deutlich geringerer Flüchtlingszahlen und der restriktiveren Flüchtlingspolitik der Bundesregierung – ein erneuter innerparteilicher Führungsstreit – nun zwischen den beiden neuen Co-Vorsitzenden *Frauke Petry* und *Jörg Meuthen* – und vor allem eine Rede des Rechtsaußen der Partei, des thüringischen Landes- und Fraktionsvorsitzenden *Björn Höcke*, Mitte Januar in Dresden. Diese Rede wurde von Medien und Politik vor allem wegen der Passagen einhellig scharf kritisiert, in denen *Höcke* – offensichtlich unter Anspielung auf das Holocaustmahnmal in Berlin – von einem „Denkmal der Schande“ sprach, Deutschland eine „dämliche

Bewältigungspolitik“ attestierte und eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ forderte.<sup>3</sup> Die Folgen für die Partei waren nicht nur ein Rückgang der Wählerunterstützung, weil damit für viele bürgerliche Protestwähler eine rote Linie überschritten war, sondern auch eine weitere Eskalation des Führungsstreits nach der von *Frauke Petry* initiierten Mehrheitsentscheidung des Bundesvorstands, ein Parteiausschlussverfahren gegen *Höcke* einzuleiten.

In den nächsten Monaten gab die Partei in der Öffentlichkeit ein desolates Bild ab: Der Parteitag im April, auf dem der Führungsstreit die inhaltlichen Diskussionen über das Wahlprogramm überlagerte, wurde für *Petry* zum Desaster, es gab interne Querelen über die Ausrichtung der Wahlkampagne, der Wahlkampf lief holprig, die Partei wirkte strategisch unentschlossen und hatte ihr großes Wahlkampfthema noch nicht gefunden. Dies wurde ihr dann von außen geliefert, als das bei den Wählern zwar immer noch sehr relevante aber etwas aus dem Blick geratene Flüchtlingsthema in der Schlussphase des Wahlkampfes wieder deutlich stärker in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion geriet. Dies bescherte der Partei wieder steigende Umfragewerte und führte dazu, dass die AfD bei der Bundestagswahl am 24. September mit 12,6 Prozent der Stimmen zur drittstärksten Partei wurde.<sup>4</sup>

Am Tag nach der Wahl in der ersten Pressekonferenz der AfD verkündete die in ihrem sächsischen Wahlkreis direkt gewählte *Frauke Petry* überraschend, die Fraktion zu verlassen und trat danach auch aus der Partei aus. Im November 2017 trat sie mit dem offenen Bürgerforum „Blaue Wende“ an die Öffentlichkeit, mit dem das gesellschaftliche Umfeld der formal schon am 17. September 2017 von einem langjährigen Vertrauten *Petrys* gegründeten Partei „Die blaue Partei“ organisiert werden soll, mit der *Petry* an zukünftigen Wahlen teilnehmen will.

## 2. Die AfD im Europäischen Parlament

War die AfD bei der Bundestagswahl 2013 noch knapp gescheitert, so gelang ihr schon bei der zweiten Wahl nach ihrer Gründung, der Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014, der erste Einzug in ein Parlament. Den Wahlkampf zur Europawahl bestritt die AfD mit harscher Kritik sowohl an der Politik der Bundesregierung als auch an der Europäischen Union. Dabei stand nicht nur die Eurorettungspolitik im Vordergrund, sondern auch die Zuwanderungspolitik.<sup>5</sup> Damit bot sie sich nicht nur den Gegnern der Eurorettung beziehungsweise der Europäischen Union insgesamt, sondern auch Protestwählern als Wahlalternative an, die den anderen Parteien wegen ihrer integrationspolitischen Positionen einen Denkkzettel verpassen wollten. Da die bisher auch bei Europawahlen geltende Fünfprozenthürde diesmal wegfiel, mussten potenzielle AfD-Wähler zudem nicht befürchten, ihre Stimme sei verloren. Bei der Wahl konnte die Partei ihr Ergebnis gegenüber der

3 Vgl. „Höcke-Rede im Wortlaut: ‚Gemütszustand eines total besiegt Volkes‘“, in: Der Tagesspiegel online vom 19. Januar 2017, <http://www.tagesspiegel.de/politik/hoেকে-rede-im-wortlaut-gemueitszustand-eines-total-besiegten-volkes/19273518.html> (Abruf am 22. Januar 2017).

4 In der nachfolgenden, weit weniger von der Flüchtlingsthematik beherrschten Landtagswahl in Niedersachsen im Oktober 2017 schnitt sie deutlich schlechter ab, konnte aber auch hier wieder in den Landtag einziehen.

5 Vgl. *Oskar Niedermayer*, Immer noch eine „nationale Nebenwahl“? Die Wahl zum Europäischen Parlament vom 25. Mai 2014, in: ZParl, 45. Jg. (2014), H. 3, S. 523 – 546, S. 534.

Bundestagswahl deutlich auf 7,1 Prozent steigern und zog mit sieben Abgeordneten in das Europaparlament ein.<sup>6</sup>

Schon Monate vor der Wahl hatte es in der Partei Streit über die Frage gegeben, welcher Fraktion des Europäischen Parlaments man sich im Falle eines Wahlsiegs anschließen sollte. *Bernd Lucke* befürwortete dabei eine Zusammenarbeit mit der EU-kritischen britischen Conservative Party und wollte daher, dass die AfD sich der von ihr dominierten Fraktion „Europäische Konservative und Reformisten“ (EKR) anschließt. Eine deutliche Absage erteilte er einer Zusammenarbeit mit der EU-feindlichen United Kingdom Independence Party (UKIP)<sup>7</sup> und der von ihr geführten EP-Fraktion „Europa der Freiheit und der Demokratie“ (EFD), die von einem Teil der Partei favorisiert wurde. Sprachrohr dieses Teils war vor allem der spätere nordrhein-westfälische Landesvorsitzende *Marcus Pretzell*, der Ende März bei einer von der AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative“ organisierten Veranstaltung mit UKIP-Chef *Nigel Farage* auftrat und dafür vom Bundesvorstand gerügt wurde. Nach der Wahl setzten sich die Befürworter einer Zusammenarbeit mit der EKR durch, die sich durch die Abwerbung der Wahren Finnen und der Dansk Folkeparti von der EFD zum rechten Rand hin geöffnet hatte und zur drittgrößten Fraktion geworden war.<sup>8</sup> Die Aufnahme der AfD war in der Fraktion durchaus umstritten und wurde mehrmals verschoben, bis die Entscheidung schließlich Mitte Juli mehrheitlich getroffen wurde. Vor allem der britische Premierminister *David Cameron* lehnte ihre Mitgliedschaft aus Rücksicht auf die Bundeskanzlerin *Angela Merkel* ab.

Der politische Einfluss der sieben AfD-Parlamentarier im ersten Jahr nach ihrer Wahl hielt sich in engen Grenzen. Wer in dem 751 Abgeordnete umfassenden Parlament etwas bewirken will, braucht vor allem den Rückhalt der eigenen Fraktion, und den hatten die AfD-Parlamentarier nur begrenzt. Das bekam zum Beispiel *Bernd Lucke* zu spüren, als er im Wirtschafts- und Währungsausschuss Vize-Vorsitzender werden wollte und die eigene Fraktion, nachdem er bei einer Abstimmung durchgefallen war, sich nicht mehr für ihn stark machte. Den Ton in der EKR gaben die britischen Conservatives und die Abgeordneten der polnischen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) an. Dabei bemühten sich die meisten der AfD-Abgeordneten durchaus, „in Brüssel und Straßburg einen möglichst geschmeidigen Eindruck zu hinterlassen“. Eine Ausnahme bildete *Beatrix von Storch*, die „konsequent auf provokante Zuspitzungen“<sup>9</sup> setzte.

Die im Abschnitt 1 beschriebene Abspaltung des *Lucke*-Flügels von der AfD und die Gründung der ALFA/LKR im Sommer 2015 hatte dramatische Folgen für die AfD-Grup-

6 Neben dem Parteivorsitzenden *Bernd Lucke* waren dies *Hans-Olaf Henkel*, *Ulrike Trebesius*, *Beatrix von Storch*, *Marcus Pretzell*, *Joachim Starbatty* und *Bernd Kölmel*.

7 In Anlehnung an die wissenschaftliche Diskussion um „hard“ und „soft“ euroscepticism werden bei den EU-skeptischen Parteien zwei Gruppen unterschieden: EU-feindliche Parteien lehnen die Europäische Union ab und befürworten den EU-Austritt des eigenen Landes. EU-kritische Parteien kritisieren sehr stark das „Wie“, nicht jedoch grundsätzlich das „Ob“ der europäischen Integration, plädieren somit auch nicht für einen Austritt aus der EU (vgl. *Oskar Niedermayer*, Die Europawahlen 2014 und ihre Auswirkungen auf die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments, in: Gesellschaft. Wirtschaft. Politik, 63. Jg. (2014), H. 3. S. 351 – 364, S. 360).

8 Damit ging auch eine Namensänderung in „Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen“ einher.

9 *Fabian Leber* / *Albrecht Meier*, Bernd Lucke und Co. sind hart gelandet, in: Der Tagesspiegel online vom 21. Oktober 2014, <http://www.tagesspiegel.de/politik/afd-im-europaparlament-bernd-lucke-und-co-sind-hart-gelandet/10864488.html> (Abruf am 24. Oktober 2014).

pe im Europäischen Parlament, da fünf der sieben EP-Abgeordneten zu der neuen Partei übertraten. In der AfD blieben nur *Beatrix von Storch* und *Marcus Pretzell*. Zunächst waren alle sieben Abgeordnete weiterhin Mitglied der EKR. Am 8. März 2016 forderte die EKR-Fraktionsführung die beiden verbliebenen AfD-Mitglieder jedoch auf, die Fraktion bis zum 31. März zu verlassen, nachdem diese umstrittene Äußerungen zum Schusswaffengebrauch an der Grenze gegen Flüchtlinge gemacht hatten.<sup>10</sup> *Von Storch* kam dem Ausschluss zuvor und wechselte zur EFD-Fraktion, die sich im Zuge der Aufnahme der italienischen 5-Sterne-Bewegung in die Fraktion „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“ (EFDD) umbenannt hatte. *Pretzell* wurde am 12. April 2016 von der EKR-Fraktion in geheimer Abstimmung mit 45 zu 13 Stimmen ausgeschlossen<sup>11</sup> und trat am 1. Mai in die Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“ (ENF) ein.<sup>12</sup> Die ENF-Fraktion besteht seit Mitte Juni 2015 und wird vom französischen Front National (FN) und anderen dem „gemäßigten Rechtsextremismus“<sup>13</sup> zuzurechnenden Parteien wie der niederländischen PVV, der italienischen Lega Nord und der österreichischen FPÖ dominiert. Diese Parteien hatten schon vor der Wahl angekündigt, eine Fraktionsbildung anzustreben, konnten aber erst Mitte 2015 die notwendige Zahl von Abgeordneten aus sieben Mitgliedsstaaten erreichen.

Der Ausschluss von *Marcus Pretzell* aus der EKR-Fraktion wurde von Kommentatoren als „der letzte Akt der Zertrümmerung der Partei im Europaparlament“<sup>14</sup> angesehen. Dies gilt umso mehr, nachdem *Pretzell* nach der Bundestagswahl vom September 2017, dem Beispiel seiner Frau, *Frauke Petry*, folgend, aus der AfD austrat und zur Partei Die Blauen wechselte (vgl. Abschnitt 1). Seither besitzt die AfD im Europäischen Parlament nur noch ein einziges Mandat, das seit Anfang 2018 als Nachrücker der in den Bundestag gewählten *Beatrix von Storch* der Co-Bundesvorsitzende *Jörg Meuthen* wahrnimmt. Mit einem Einzelkämpfer, der der kleinsten Fraktion des Europäischen Parlaments angehört, geht die Sichtbarkeit und der Einfluss der AfD im Europäischen Parlament gegen Null.

### 3. Die AfD in den Landtagen

Für die deutsche Landesebene gilt dies nicht. Bei allen 14 Landtagswahlen von 2014 bis 2017 zog die AfD in die Landtage ein. In Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt wurde sie sogar zur zweitstärksten Fraktion, in zwei weiteren Landtagen drittstärkste Kraft.

10 *Melanie Amann*, Fraktion will AfD-Abgeordnete loswerden, in: Spiegel online vom 8. März 2016, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/europaparlament-afd-abgeordnete-sollen-ekr-fraktion-verlassen-a-1081318.html> (Abruf am 9. März 2016).

11 „AfD-Mann Pretzell fliegt aus Fraktion im EU-Parlament“, in: SZ online vom 12. April 2016, <http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlingspolitik-afd-mann-pretzell-fliegt-aus-fraktion-im-eu-parlament-1.2947085> (Abruf am 14. April 2016).

12 Er trat außerdem der europäischen Partei Bewegung für ein Europa der Nationen und der Freiheit bei, deren Vorstandsmitglied er seitdem ist.

13 Kennzeichen dieser Parteien ist der völkische Nationalismus mit dem Ziel einer „ethnisch möglichst homogenen Volksgemeinschaft in einem hierarchisch strukturierten und autoritär verfassten Nationalstaat“, wobei sie ihre Forderungen im Gegensatz zu orthodox rechtsextremistischen, offen systemfeindlichen Parteien innerhalb der bestehenden politischen Ordnung durchsetzen wollen (*Richard Stöss*, *Gewerkschaften und Rechtsextremismus in Europa*, Berlin 2017, S. 14 f.).

14 *Ferdinand Knauf*, Im Europaparlament ist die AfD erledigt, in: Die Wirtschaftswoche online vom 13. April 2016, <http://www.wiwo.de/politik/deutschland/afd-im-europaparlament-ist-die-afd-erledigt/13441760.html> (Abruf am 16. April 2016).

Die Partei erhielt insgesamt 186 Landtagsmandate und konnte aufgrund ihrer Stärke in allen Landtagen außer der Bremischen Bürgerschaft eigene Fraktionen bilden.<sup>15</sup> Bis Ende 2017 hat sie aber durch Austritte, Ausschlüsse und Fraktionswechsel 29 Abgeordnete, das heißt einen Anteil von knapp 16 Prozent, verloren (vgl. Tabelle 1).<sup>16</sup> Lediglich in vier Landtagen blieben die Fraktionen zahlenmäßig unverändert.

Die Veränderungen der Fraktionsstärken durch Austritte, Ausschlüsse und Fraktionswechsel sind in der Regel auf den innerparteilichen Streit um die Positionierung der Partei auf einer der beiden das deutsche Parteiensystem prägenden Konfliktlinien zurückzuführen: dem Konflikt zwischen progressiv-libertären und konservativ-autoritären Wertvorstellungen in Bezug auf die Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens.<sup>17</sup>

Die Frage der gesellschaftspolitischen Positionierung der Partei hatte schon seit dem Sommer 2013 an Themen wie der Haltung zum Islam, zur Familien- und Geschlechterpolitik und zur Einwanderungs- und Asylpolitik zu innerparteilichen Auseinandersetzungen geführt, die immer mehr an Schärfe zunahmen und die Partei insgesamt mit der Zeit immer weiter in Richtung des konservativ-autoritären Pols der Konfliktlinie rücken ließen. Mittlerweile stehen sich in der Partei nationalkonservative und völkisch-nationalistische, dem „gemäßigten Rechtsextremismus“<sup>18</sup> zuzurechnende Positionen gegenüber. Als nationalkonservativ werden hier Positionen bezeichnet, die sich „für die Betonung bzw. Stärkung von konservativen Werten, für einen starken und weitestgehend souveränen Nationalstaat, für nationale Identität, für Ruhe, Ordnung und Sicherheit“ einsetzen und „unerwünschte Entwicklungen (Demokratisierungs- und Liberalisierungstendenzen in einzelnen gesellschaftlichen Bereichen, Multikulturalismus, europäische Integration etc.) eindämmen oder sogar rückgängig machen“ wollen. Kennzeichen des „gemäßigten Rechtsextremismus“ ist der völkische Nationalismus mit dem Ziel einer „ethnisch möglichst homogenen Volksgemeinschaft in einem hierarchisch strukturierten und autoritär verfassten Nationalstaat“, wobei diese Forderungen im Gegensatz zu orthodox rechtsextremistischen, offen systemfeindlichen Positionen innerhalb der bestehenden politischen Ordnung durchgesetzt werden sollen. Viele der Landtagsfraktionen waren und sind von innerfraktionellen Konflikten zwischen diesen Positionen geprägt.

In Mecklenburg-Vorpommern führten diese Streitigkeiten zur Spaltung der Fraktion: Am Tag nach der Bundestagswahl 2017 traten vier Abgeordnete aus der Fraktion aus. Sie begründeten den Schritt mit der mangelnden Distanzierung der AfD von Gewalt und

15 In der Bremischen Bürgerschaft sind zur Bildung einer Fraktion mindestens fünf Abgeordnete notwendig. Im Landtag des Saarlandes konnten hingegen die drei AfD-Abgeordneten eine Fraktion bilden, da dort schon zwei Abgeordnete für eine Fraktionsbildung ausreichen.

16 Nicht berücksichtigt sind Veränderungen, die sich aufgrund von Mandatsniederlegungen wegen gesundheitlicher oder anderer Probleme beziehungsweise aufgrund des Ausscheidens wegen der Annahme von Bundestags- oder EP-Mandaten und dem Nachrücken von Ersatzkandidaten ergeben haben.

17 Zu dieser und der zweiten, den inhaltlichen Parteienwettbewerb prägenden Konfliktlinie, dem wirtschaftspolitischen Sozialstaatskonflikt (vgl. Oskar Niedermayer, Die Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems, in: Frank Decker / Viola Neu (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden 2017, S. 97 – 125, S. 106 ff.).

18 Zum Folgenden vgl. Richard Stöss, a.a.O. (Fn. 13), S. 14 f. Die in der Literatur und der öffentlichen Diskussion meist verwendete pauschale Kennzeichnung der AfD als „rechtspopulistisch“ wird hier nicht verwendet, da sie unseres Erachtens die notwendige Trennung in rechtskonservative und gemäßigt rechtsextremistische Positionen verwischt.

Tabelle 1: AfD-Abgeordnete in den Landtagen 2014 bis Ende 2017

Bundesland	Stand nach Landtagswahl		Stand Ende 2017	
	Wahl	FrM	FrM	Veränderungen
Baden-Württemberg	13. März 2016	23	20	2 ausgetreten, 1 zur CDU-Fraktion gewechselt; Fraktion zwischenzeitlich gespalten
Berlin	18. September 2016	25	23	1 auf Mitgliedschaft verzichtet, 1 ausgeschlossen
Brandenburg	14. September 2014	11	10	1 ausgeschlossen
Bremen	10. Mai 2015	4	1	keine Fraktion; 1 Übertritt zu LKR (fraktionslos), 2 erst Übertritt zu LKR, dann zu BIW
Hamburg	15. Februar 2015	8	7	1 ausgetreten
Niedersachsen	15. Oktober 2017	9	9	
Mecklenburg-Vorpommern	4. September 2016	18	13	1 ausgetreten; 4 gründeten neue Fraktion BMV
Nordrhein-Westfalen	14. Mai 2017	16	13	3 Übertritte zu Die blaue Partei (fraktionslos)
Rheinland-Pfalz	13. März 2016	14	14	
Saarland	26. März 2017	3	3	
Sachsen	31. August 2014	14	9	5 ausgetreten, informelle Blaue Gruppe
Sachsen-Anhalt	13. März 2016	25	22	1 ausgetreten, 1 Übertritt zu Die blaue Partei (fraktionslos), 1 zur CDU-Fraktion gewechselt
Schleswig-Holstein	7. Mai 2017	5	5	
Thüringen	14. September 2014	11	8	1 ausgeschlossen, 2 ausgetreten (1 zur SPD-Fraktion gewechselt)
Gesamt		186	157	
Anmerkung: FrM = Fraktionsmitglieder. Soweit nichts anderes vermerkt ist, gehören die aus der jeweiligen Fraktion ausgetretenen oder ausgeschlossenen Abgeordneten den Landtagen weiterhin als fraktionslose Abgeordnete an.				
Quelle: Statistiken der Landeswahlleiter und der Landtage, eigene Recherchen.				

Fremdenhass sowie dem deutlichen Rechtsruck in der AfD des Bundeslandes. Die Ausgetretenen gründeten die neue Fraktion „Bürger für Mecklenburg-Vorpommern“ (BMV) und Mitte Januar 2018 eine Regionalpartei gleichen Namens. Ziel ist eine „konservative und sachorientierte Politik“ nach dem Vorbild der bayerischen CSU, die sich „deutlich von der AfD unterscheidet“<sup>19</sup>. Zudem hat ein weiterer Abgeordneter Ende 2017 nach einigem Hin und Her die Fraktion verlassen, nachdem Journalisten von ihm rassistische, sexistische und gewaltverherrlichende Ausfälle in Chatprotokollen aufgedeckt hatten.

In Sachsen verließen kurz nach der Bundestagswahl 2017 vier Abgeordnete zusammen mit der Partei- und Fraktionsvorsitzenden *Frauke Petry* die Fraktion. Sie treten seither als selbsternannte, inoffizielle „Blaue Gruppe“ auf, da die Geschäftsordnung des Landtags eine

19 „AfD-Aussteiger gründen neue Partei“, in: NDR online vom 20. Januar 2018, <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/AfD-Aussteiger-gruenden-neue-Partei-,bmv100.html> (Abruf am 26. Januar 2018).



Fraktionsmindeststärke von sieben Abgeordneten vorschreibt und keinen Gruppenstatus vorsieht, sodass die fünf Abgeordneten als Fraktionslose im Landtag sitzen.

Vorübergehend gespalten hatte sich auch die baden-württembergische Fraktion. Der Streit entzündete sich hier im Juni 2016 an der Frage des Ausschlusses des durch antisemitische Äußerungen aufgefallenen Abgeordneten *Wolfgang Gedeon*. Der Konflikt, der auch zu einer Eskalation des schon Monate andauernden Machtkampfes zwischen den beiden Bundesvorsitzenden *Frauke Petry* und *Jörg Meuthen* führte, eskalierte Anfang Juli. Nach dem Scheitern eines zweiten Ausschlussversuchs verließ *Meuthen*, der auch baden-württembergischer Fraktionsvorsitzender war, mit zwölf weiteren Abgeordneten die Fraktion und gründete die Fraktion „Alternative für Baden-Württemberg“. *Gedeon* verließ am selben Abend die AfD-Fraktion. Der zunehmende Druck seitens der Parteibasis und der Bundes-AfD veranlasste die beiden Fraktionen, ein Mediationsverfahren und im September eine dreitägige Klausur durchzuführen. Danach hieß es, man wolle sich wieder zusammenschließen, was im Oktober 2016 auch geschah. Im Dezember 2016 trat eine Abgeordnete aus der Fraktion aus, weil sie deren Rechtskurs nicht mehr mittragen wollte, und wurde im November 2017 von der CDU-Fraktion aufgenommen. Ein weiterer Abgeordneter, gegen den die Fraktion vorher mit Ausschlüssen und Redeverboten vorgegangen war, verließ die Fraktion mit dem Vorwurf der verstärkten Wiederannäherung an den fraktionslosen *Wolfgang Gedeon*.

In Nordrhein-Westfalen führte der lange Streit zwischen den gemäßigteren und radikaleren Kräften im Herbst 2017 dazu, dass der Landespartei- und Fraktionschef *Marcus Pretzell*, der Ehemann von *Frauke Petry*, zusammen mit zwei weiteren Mitgliedern die Fraktion verließ. Alle drei gehören jetzt als fraktionslose Abgeordnete der blauen Partei an. Auch in Sachsen-Anhalt traten drei Abgeordnete aus Protest über die wachsende Rechtslastigkeit aus der Fraktion aus, wobei einer in die CDU-Fraktion aufgenommen wurde und die beiden anderen fraktionslos blieben, wovon einer der blauen Partei zugerechnet wird. In Bremen traten drei Mitglieder im Juli 2015 zur ALFA/LKR über, zwei davon wechselten im Juni 2017 zur Wählervereinigung „Bürger in Wut“ (BIW), die im Landtag eine Gruppe bildet. Auch in der Hamburger Bürgerschaft und dem Thüringer Landtag trat jeweils ein Abgeordneter aus. Ein weiterer Abgeordneter aus Thüringen trat aus, nachdem die Fraktion beschlossen hatte, ihn vorerst von den Fraktionssitzungen auszuschließen und ihm seine Sitze in den Landtagsausschüssen zu entziehen. Er wechselte später zur SPD-Fraktion. Ein dritter Abgeordneter wurde von der Fraktion wegen grob fraktionsschädigendem Verhalten ausgeschlossen – er selbst führte diesen Schritt auf ein Zeitungsinterview zurück, in dem er den Rechtsaußen der AfD, den Thüringer Partei- und Fraktionschef *Björn Höcke*, kritisiert hatte. Er war danach kurzzeitig Mitglied der ALFA/LKR und engagierte sich später für die Familien-Partei Deutschlands. Auch in Brandenburg und in Berlin wurde je ein Mitglied von der Fraktion ausgeschlossen, wobei der Ausschluss in Berlin wegen rechter Provokationen, Hetze gegen Schwule und Lesben sowie rassistischen Äußerungen gegen Flüchtlinge erfolgte. Ein weiterer, direkt gewählter Abgeordneter, der mehrfach durch rassistische und homophobe Äußerungen Aufsehen erregt hatte, verzichtete noch vor der Konstituierung der Fraktion auf die Mitgliedschaft.

Äquivalent zu den beiden Gruppen in der AfD-Mitgliedschaft, den unzufriedenen Protestwählern und den ideologischen Überzeugungswählern, und den beiden Flügeln in der Partei, dem nationalkonservativen und dem völkisch-nationalistischen Flügel, lässt sich diese Bipolarität auch in Form zweier unterschiedlicher Selbstverständnisse und Strategien



in der parlamentarischen Arbeit der Landtagsfraktionen ausmachen. Dies zeigt eine bis zum April 2017 reichende empirische Untersuchung der zehn AfD-Fraktionen, die von August 2014 bis September 2016 in die deutschen Landtage eingezogen sind. Danach lassen sich zwei Selbstverständnisse der Fraktionen deutlich unterscheiden: „ein parlamentsorientierter und ein ‚bewegungsorientierter‘ Typ. Die Parlamentsorientierten zeichnen sich dadurch aus, dass sie einen Weg suchen, der letztlich dazu beiträgt, einen dauerhaften Platz rechts von der Union im Parteiensystem einzunehmen, der perspektivisch nicht nur ‚Erpressungspotenzial‘-, sondern auch ‚Koalitionspotenzial‘ generiert. Die ‚Bewegungsorientierten‘ sind, wie der Name schon deutlich macht, vom Akteurstypus der sozialen Bewegung geprägt. Sie wollen nicht koalitionsfähig werden, sondern ihr Erpressungspotential ausspielen, um die Richtung des Parteienwettbewerbs zu beeinflussen. Vor allem sehen sie sich als Sprachrohr rechter Vorfeldorganisationen und versuchen ihre eigenen Anhänger auf der Straße und insbesondere im Netz zu mobilisieren“<sup>20</sup>. Da in der Regel in jeder Fraktion Vertreter beider Richtungen repräsentiert sind, können die Übergänge allerdings fließend sein und die Ausrichtung einer Fraktion kann sich im Laufe der Zeit durch die berichteten Veränderungen der personellen Zusammensetzung ändern.

Dem parlamentsorientierten Idealtyp am nächsten kommt die Berliner Fraktion um ihren Vorsitzenden *Georg Pazderski*, der vor dem Bundesparteitag Anfang Dezember 2017 nach dem Ausscheiden von *Frauke Petry* als neuer Co-Vorsitzender und Vertreter des nationalkonservativen Flügels vorgesehen war. Dem völkisch-nationalistischen Flügel gelang es jedoch, *Pazderski*, der in seiner Bewerbungsrede betonte, dass eine klare Abgrenzung der AfD nach Rechtsaußen wichtig sei und die Partei sich darüber klarwerden müsse, dass sie mittel- und langfristig auch in Regierungsverantwortung gehen müsse, als Co-Vorsitzenden zu verhindern. Dem bewegungsorientierten Idealtyp am nächsten kommt die Thüringer AfD-Fraktion um ihren Vorsitzenden *Björn Höcke*, der in seiner Dresdener Rede vom Januar 2017 den Weg der Thüringer AfD als „Weg einer fundamentaloppositionellen Bewegungspartei und einer fundamentaloppositionellen Bewegungsfraktion“<sup>21</sup> kennzeichnete. *Höcke* bleibt wohl auch weiterhin der Rechtsaußen der Partei, da nach der Anfang Januar 2018 bekanntgewordenen Auffassung des Thüringer Landesschiedsgerichts nicht mit seinem Parteiausschluss zu rechnen ist.

Im Rahmen der parlamentsorientierten Strategie werden die der Fraktion zustehenden Ämter – zum Beispiel in den Ausschüssen – wahrgenommen und die parlamentarischen Instrumente zur Regierungskontrolle genutzt, wobei der klare Zusammenhang zwischen dem Alter der jeweiligen Fraktion und der Nutzung zum Beispiel der Kleinen Anfragen ein gewisses „learning on the job“ anzeigt. Allerdings belegte die Untersuchung „einen starken Kontrast zwischen eigenen Ansprüchen und Kritik gegenüber den etablierten Parteien“<sup>22</sup> auf der einen, und der eigenen Fraktionsarbeit, die auch nach teilweise über zweijähriger Praxis nach wie vor durch große, nicht mehr als Anfangsphänomen von Politikneulingen erklärbare Professionalisierungsdefizite in den Arbeitsroutinen gekennzeichnet war, auf der anderen Seite. Die bewegungsorientierte Strategie zeigt sich in der starken „Nutzung sym-

20 *Wolfgang Schroeder* / *Bernhard Weißels* / *Alexander Berzel*, Die AfD in den Landtagen: Bipolarität als Struktur und Strategie – zwischen Parlaments- und „Bewegungs“-Orientierung, in: ZParl, 49. Jg. (2018), H. 1, S. 91 – 110, S. 96.

21 „Höcke-Rede im Wortlaut“, a.a.O. (Fn. 3).

22 *Wolfgang Schroeder* / *Bernhard Weißels* / *Alexander Berzel*, a.a.O. (Fn. 20), S. 97.

bolischer Elemente mit dem Ziel einer aufmerksamkeitsorientierten Inszenierung des eigenen Handelns“. Zudem werden Protest und Provokation im Vergleich zu anderen Oppositionsfractionen sowohl im Plenum als auch in den sozialen Medien „tabuverletzender und aggressiver“ genutzt, was wesentlich dazu beiträgt, dass in den meisten Landesparlamenten „eine emotionalere, stärker polarisierende und nervösere Stimmungslage“ eingekehrt ist.<sup>23</sup>

In Bezug auf die inhaltliche Ausrichtung der Fraktionsarbeit lassen sich aufgrund der ideologisch-programmatischen Verortung der Partei Schwerpunkte in den Bereichen Innere Sicherheit und Migration erwarten. Dies wird durch die inhaltliche Analyse der Anträge, Gesetzesinitiativen und Anfragen bestätigt.<sup>24</sup> So haben fast 30 Prozent der Kleinen Anfragen diese beiden Politikfelder zum Gegenstand. Allerdings liegt die AfD nur bei der Migration mit 16 Prozent weit über dem Durchschnitt der anderen Fraktionen, die nur in sieben Prozent ihrer Anfragen diesen Bereich thematisieren. Im Bereich der Inneren Sicherheit gibt es kaum einen Unterschied. Als Ein-Themen-Partei kann die AfD aufgrund der thematischen Breite der Gesamtheit der Anfragen nicht angesehen werden.

Seitdem die AfD 2013 als neue Konkurrentin im Parteiensystem auftauchte, stellte sich für die anderen Parteien die Frage, wie mit ihr umgegangen werden soll. Prinzipiell gibt es fünf Strategien, mit einer Konkurrenzpartei umzugehen: Ignorierung, Ausgrenzung, inhaltliche Auseinandersetzung, Kooperation und Einverleibung. Bis auf die Einverleibung lassen sich alle Strategien auch in den Reaktionen der anderen Fraktionen in den Landtagen erkennen, wenn auch in sehr unterschiedlicher Gewichtung.

Das anfänglich auf der Bundesebene, zum Beispiel bei der CDU, zu findende Reaktionsmuster, die AfD weitgehend zu ignorieren in der Hoffnung, das Problem mit der neuen Konkurrentin werde sich erledigen, wurde mit ihrer wachsenden parlamentarischen Präsenz immer schwieriger. In den Landtagen war diese Strategie, zum Beispiel in Form von Absprachen, wonach nur ein Abgeordneter der anderen Fraktionen auf AfD-Anträge antworten sollte, daher auch nur vereinzelt und temporär zu beobachten. Die Strategie des Ausgrenzens durch eigens erfolgende Änderungen der Geschäftsordnung wurde vor allem zu Beginn in den westdeutschen Landtagen angewandt. Statt der AfD zu schaden, führte diese Strategie jedoch dazu, dass die Partei aufgewertet und in ihrer Opferrolle gestärkt wurde. Auch die Ausgrenzung durch Stigmatisierung und allein auf moralischer Empörung basierender Entgegnungen auf Provokationen von AfD-Abgeordneten wirkte eher in diese Richtung. Es hat sich daher mit der Zeit ein Reaktionsmuster im Umgang mit der AfD herausgebildet, das „mit der Formel ‚Abgrenzen, ohne Auszugrenzen‘ auf den Punkt gebracht“<sup>25</sup> werden kann. Diese Form der inhaltlichen Auseinandersetzung stellt die anderen Parteien allerdings durchaus vor Herausforderungen, weil die AfD eben nicht nur als reiner Provokateur handelt, sondern durchaus auch gesellschaftlich relevante, von den anderen Parteien in den Augen eines Teils der Bevölkerung vernachlässigte Themen auf die politische Agenda setzt und die Auseinandersetzung neben rhetorischen Fähigkeiten auch überzeugende politische Argumente erfordert.

Neben der Strategie der Abgrenzung ohne Ausgrenzung gibt es vereinzelt auch Beispiele für eine thematisch eng begrenzte, temporäre politische Kooperation der anderen Fraktionen mit der AfD-Fraktion. So zum Beispiel in Sachsen-Anhalt, wo sich die Fraktionen der

23 Ebenda, S. 98 f.

24 Vgl. ebenda, S. 102 f.

25 Ebenda, S. 109.

Regierungsparteien CDU, SPD und Grüne dem Antrag der AfD zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu umstrittenen, am Parlament vorbei geschlossenen Beraterverträgen des Finanzressorts anschlossen.<sup>26</sup>

#### 4. Die AfD im Bundestag

Im Bundestag wurde die AfD 2017 durch ihre 12,6 Prozent Stimmen bei der Bundestagswahl, die zu 94 Abgeordnetenmandaten führten, zur drittstärksten Fraktion. Dies gilt auch noch, nachdem *Frauke Petry* und ein weiterer Abgeordneter die Fraktion verlassen haben und dem Bundestag als fraktionslose Abgeordnete angehören. Der Einzug der Partei in den Bundestag sorgte schon vor der konstituierenden Sitzung am 24. Oktober für Kontroversen. Im vorläufig gebildeten Ältestenrat stritt man sich um die Sitzordnung im Plenarsaal, da keine Partei neben der AfD platziert werden wollte. Die FDP-Fraktion, die bis zu ihrem Ausscheiden 2013 rechts außen saß, wollte nicht neben der jetzt ganz rechts außen platzierten AfD-Fraktion sitzen und beanspruchte einen Platz in der Mitte. Das wurde vor allem von der CDU, die „Die Mitte“ im Parteislogan führt, und den Grünen, die sich 1983 als Neulinge den Platz in der Mitte erkämpft hatten, vehement abgelehnt. Letztendlich entschied der scheidende Bundestagspräsident *Norbert Lammert* am 13. Oktober, dass die FDP auf der rechten Seite zwischen AfD und CDU/CSU sitzen soll, und die FDP beugte sich murrend.

Die zweite Kontroverse entzündete sich an der wenige Monate vor der Wahl vom Bundestag beschlossenen Änderung der Geschäftsordnung, wonach nicht – wie bisher üblich – der nach Lebensjahren älteste Abgeordnete als Alterspräsident die konstituierende Sitzung leitet, sondern der nach Dienstjahren älteste Abgeordnete. Da sich schon damals abzeichnete, dass die AfD wohl mit dem ältesten Abgeordneten in den Bundestag einziehen würde, ließ sich diese Änderung als „Lex AfD“ und Teil einer Ausgrenzungsstrategie verstehen und stieß – nicht nur bei der AfD – auf Kritik. In der konstituierenden Sitzung blieb der von manchen erwartete große Eklat zwar aus, aber die Debatte wurde deutlich heftiger und parteipolitisch geführt als gewohnt, weil die AfD-Fraktion auf Provokation setzte und sich in die Opferrolle begab. Es begann damit, dass sie sofort die Einsetzung eines Versammlungsleiters beantragte, um die Änderung der Geschäftsordnung auszuhebeln. Als der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD dann noch die „Trickserei“ um den Alterspräsidenten anprangerte und argumentierte, seit der Paulskirche habe nur *Hermann Göring* die traditionelle Regel durchbrochen, löste das bei den anderen Fraktionen Empörung aus und der Antrag wurde abgeschmettert. In seiner Eröffnungsrede warnte der schließlich die Sitzung leitende FDP-Politiker *Hermann-Otto Solms* davor, „Sonderregelungen zu schaffen, auszugrenzen oder gar zu stigmatisieren“. Schon die nach der erfolgreichen Wahl von *Wolfgang Schäuble* zum Parlamentspräsidenten erfolgende Wahl der Vizepräsidenten wurde von der AfD allerdings dazu benutzt, eine solche Ausgrenzung anzuprangern. Jede der sechs im Bundestag vertretenen Parteien hat Anspruch auf einen Vizepräsidentenposten. Laut Geschäftsordnung werden sie mit der Mehrheit aller Abgeordneter im Bundestag gewählt. Die

26 Vgl. *Benjamin Konietzny*, Die neue deutsche Härte, in: n-tv online vom 23. Oktober 2017, <http://www.n-tv.de/politik/Die-neue-deutsche-Haerte-article20096845.html> (Abruf am 25. Oktober 2017).

AfD hatte *Alfred Glaser* für dieses Amt vorgeschlagen. Der Kandidat stieß aber in allen anderen Fraktionen mit dem Argument auf Ablehnung, er spreche mit seinen Äußerungen zum Islam den Muslimen in Deutschland das grundgesetzlich garantierte Recht auf freie Religionsausübung ab. *Glaser* wurde zur Klärung aufgefordert, distanzierte sich aber von seinen Formulierungen nicht deutlich. Dennoch zog die AfD ihren Kandidaten nicht zurück und er erhielt in allen drei Wahlgängen nicht die erforderliche Mehrheit.<sup>27</sup> Da die Fronten auch weiterhin verhärtet blieben, ist der Posten des sechsten Vizepräsidenten bis heute – das heißt November 2018 – nicht besetzt.

Die nächste Kontroverse gab es Mitte Januar 2018 bei der Wahl des Parlamentarischen Kontrollgremiums, wo der Kandidat der AfD als einziger durchfiel. Dabei wurden Spekulationen, bei einem Teil der Abgeordneten seien nicht auf die konkrete Person bezogene Gründe, sondern die grundsätzliche Gegnerschaft zur AfD für ihre Entscheidung ausschlaggebend gewesen, durch die Äußerung der parlamentarischen Geschäftsführerin der Grünen genährt, sie „kenne überhaupt gar keinen Vorwurf gegen den Kandidaten der AfD für das PKGr“ und wisse „gar nicht, wie das Wahlergebnis zustande gekommen ist“<sup>28</sup>. Nachdem man sich im Rahmen der Bildung der Bundestagsausschüsse darauf geeinigt hatte, dass die AfD den Vorsitz im Haushaltsausschuss<sup>29</sup>, im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz sowie im Tourismusausschuss erhält, zeigte auch die Wahl der von der AfD nominierten Ausschussvorsitzenden<sup>30</sup>, dass bei den anderen Fraktionen über den Umgang mit den AfD-Abgeordneten keine Einigkeit herrscht, da Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung in unterschiedlicher Weise gehandhabt wurden. Die entscheidendste, in den Reden der Abgeordneten oft mit moralischer Empörung und Stigmatisierung verbundene, emotionale Antihaltung ist bei der Fraktion der Linkspartei festzustellen. Es gibt aber auch schon genügend Beispiele für die deutlich erfolversprechendere Strategie der Abgrenzung ohne Ausgrenzung, das heißt der sachlichen Auseinandersetzung, die die AfD-Argumentation auf professionelle Weise inhaltlich auseinandernimmt und die eigenen Positionen verdeutlicht.

Wenn es auch für eine fundierte Analyse noch viel zu früh ist, so lassen sich in der Arbeit der AfD-Bundestagsabgeordneten und ihren inhaltlichen Beiträgen innerhalb und außerhalb des Bundestags schon Ansätze der beiden in den Landtagen vorhandenen strategischen Grundorientierungen, des parlaments- und bewegungsorientierten Ansatzes, erkennen. Vielen Abgeordneten „ist eine gewisse Ernsthaftigkeit in der Sacharbeit nicht

27 In den ersten beiden Wahlgängen benötigt der Bewerber die absolute Mehrheit, im dritten Wahlgang reicht es, wenn er mehr Ja- als Nein-Stimmen bekommt. Wenn der Kandidat auch dann noch durchfällt, muss der Ältestenrat entscheiden, wie es weitergeht.

28 „Opferstatus geht an der Stelle nicht“, Interview mit *Britta Haßelmann*, in: Deutschlandfunk online vom 19. Januar 2018, [http://www.deutschlandfunk.de/afd-und-bundestag-ausschuesse-opferstatus-geht-an-der.694.de.html?dram:article\\_id=408641](http://www.deutschlandfunk.de/afd-und-bundestag-ausschuesse-opferstatus-geht-an-der.694.de.html?dram:article_id=408641) (Abruf am 23. Januar 2018). Im zweiten Anlauf Anfang Februar wurde der Kandidat dann gewählt.

29 Im Hinblick auf den Vorsitz in Ausschüssen gibt es keine gesetzlich oder in der Geschäftsordnung fixierte Regelungen. Es haben sich jedoch Gewohnheitsrechte herausgebildet, zu denen zum Beispiel gehört, dass der Vorsitz im wichtigen Haushaltsausschuss der größten Oppositionspartei zusteht. Anfangs wurde diese langjährige Gepflogenheit wegen der AfD von Mitgliedern anderer Fraktionen in Frage gestellt, letztlich entschloss man sich aber, sie beizubehalten.

30 Normalerweise werden die Ausschussvorsitzenden nach den Vereinbarungen im Ältestenrat bestimmt, da jedoch mehrere Ausschussmitglieder Widerspruch gegen die Nominierten anmeldeten, wurde eine Wahl notwendig.

abzusprechen<sup>31</sup>. Andere verfolgen eine auf Skandalisierung und Provokation ausgerichtete Politik, die nicht nur das Parlamentsplenum, sondern vor allem auch die sozialen Medien nutzt, wie die Beispiele der Tweets der Abgeordneten *Beatrix von Storch*<sup>32</sup> und *Jens Maier*<sup>33</sup> vom Januar 2018 zeigen. Betrachtet man die Anträge der Fraktion, dann war in den ersten Monaten ein klarer inhaltlicher Schwerpunkt bei der Migrationsthematik zu erkennen, wobei die AfD mehrfach – zum Beispiel bei den Anträgen zur zwingenden Altersfeststellung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, zur doppelten Staatsangehörigkeit, zum Vollverschleierungsverbot und zur grundgesetzlichen Verankerung von Deutsch als Landessprache – auf Argumentationsmuster und Beschlusslagen der Union zurückgriff. Die provokanten Formulierungen in den Anträgen und die Debattenbeiträge der AfD-Abgeordneten zeigten dann aber in der Regel, dass es der AfD nicht darum ging, die Union ins Boot zu holen, sondern sie vorzuführen.

#### 4. Fazit: durchwachsene Bilanz der parlamentarischen Repräsentation

Die Bilanz der parlamentarischen Repräsentation der AfD auf den verschiedenen Politikebenen fällt sehr unterschiedlich aus. Im Europäischen Parlament führten die inhaltlichen und personellen Auseinandersetzungen der Bundes-AfD zur Abspaltung des größten Teils der AfD-Gruppe und schließlich zur völligen Marginalisierung der AfD-Präsenz auf der europäischen parlamentarischen Ebene. In vielen der 14 Landtage sind mehr oder minder heftige Auseinandersetzungen zwischen Vertretern des nationalkonservativen und des völkisch-nationalistischen Flügels zu beobachten, die zu Austritten, Ausschlüssen, Fraktionswechseln und in einigen Fällen auch zu Fraktionsspaltungen geführt haben. Die ideologische Bipolarität führt auch zu unterschiedlichen strategischen Grundorientierungen, die man als parlamentsorientiert und bewegungsorientiert bezeichnen kann. Dies erschwert auch die Reaktion der anderen Fraktionen auf die neue Konkurrenz, die – mit unterschiedlicher Gewichtung – von Ignorierung über Ausgrenzung und inhaltlicher Auseinandersetzung bis hin zu eng begrenzter und temporärer Kooperation reicht. Auch im Bundestag zeigen sich erste Ansätze der beiden in den Landtagen vorhandenen strategischen Grundorientierungen der AfD, und die anderen Fraktionen bewegen sich von den anfangs teilweise zu beobachtenden Ausgrenzungsstrategien und moralischer Empörung hin zur sachlichen Auseinandersetzung, die der AfD die gerne eingenommene Opferrolle verwehrt.

31 Justus Bender, Die AfD, der gärrige Haufen, in: FAZ online vom 4. Dezember 2017, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/die-afd-ist-eine-radikalere-partei-als-ihr-bewusst-ist-15323005.html> (Abruf am 4. Dezember 2017).

32 *Beatrix von Storch* kommentierte eine Mitteilung der Kölner Polizei in arabischer Sprache mit den Worten: „Wieso twittert eine offizielle Polizeiseite aus NRW auf Arabisch? Meinen Sie, die barbarischen, muslimischen, gruppenvergewaltigenden Männerhorden so zu besänftigen?“ Ihr Tweet wurde in Anwendung des neuen Netzwerkdurchsetzungsgesetzes vom Anbieter gelöscht, was die Partei zum Anlass nahm, medienwirksam von Zensur zu sprechen.

33 Von *Jens Maiers* Twitter-Account wurde über *Noah Becker*, den dunkelhäutigen Sohn *Boris Beckers*, der Satz gepostet: „Dem kleinen Halbneger scheint einfach zu wenig Beachtung geschenkt worden zu sein, anders lässt sich sein Verhalten nicht erklären.“ Dies führte auch innerhalb der AfD zu kontroversen Diskussionen, wurde vom Bundesvorsitzenden *Jörg Meuthen* als rassistisch bezeichnet und brachte *Maier* eine Abmahnung des Bundesvorstands ein.